

ANSICHTEN - AUSSICHTEN

◀ REWE-Ausbau
 nun beschlossen
 Seite 2 >>>

◀ Flüchtlinge
 sind willkommen
 Seite 4 >>>

◀ 500 neue Kita-
 ErzieherInnen
 Seite 5 >>>

Kulturkampf von Rechts

Die Pegida-Demonstrationen in Dresden sind ein Indiz für die innere Kündigung gegenüber



Katja Kipping

dem politischen System. Und sie sind Ausdruck eines Kulturkampfes von rechts. Dem Gedanken der Gleichheit aller wird durch Pegida, AfD und Co. der Kampf angesagt. Pegida bemüht den Gestus des Empörten: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.“ Als ob Mut dazu gehören würde, rassistische Vorurteile zu bedienen. Als ob die Abschottung Europas nicht längst Politik einer ganz großen Koalition in Europa wäre. Wer sich nun wie Angela Merkel hinstellt und von Welt-offenheit redet, während gleichzeitig eine Mauer um Europa gebaut wird, dem ist Heuchelei vorzuwerfen.

Der Hass jedoch, den Pegida verbreitet, trifft nicht die Mächtigen, sondern Flüchtlinge, die sich zum Beispiel in Dresden montags kaum noch auf die Straße trauen. Und perspektivisch alle, die nicht ins Raster passen. Wer nach unten tritt, ist nicht mutig, sondern feige. Mutig wäre es, eine Politik anzugreifen, die mit Waffenexporten, Stellvertreterkriegen und der weltweiten Ausbeutung von Menschen und Ressourcen jenes Elend produziert, das die Menschen zu Flüchtlingen macht.

Auf die Parole der Regierung, Deutschland ginge es gut, ist zu antworten, dass dies mindestens auf 12,5 Mio. Menschen, die in der Bundesrepublik in Armut leben, nicht zutrifft. Pegida beutet diese Ängste aus und will uns weismachen, dass Migranten, eine Religion und Flüchtlinge an dieser sozialen Lage schuld wären. Es wird nach unten getreten, nicht nach oben. Doch das hatten wir schon mal und brauchen wir nicht wieder.



Unser Schatz: Die Trainierbahn

Eine Kundgebung mit über 250 Neuenhagenern vorm Rathaus machte es deutlich: Wir wollen, dass die Neuenhagener Trainierbahn offen für alle bleibt. Wird im Gruscheweg gebaut, ist sie das einzige Naherholungsgebiet. Doch ein Besitzerwechsel kündigt sich an. Was der bedeutet und die Gemeinde gedenkt, zu tun: **Unser Titelthema auf Seite**

Links aktiv

„Haben Sie dieses Internet?“ Ja, haben wir. Was in den 90ern noch zu ulkigen Fragen führte, ist heute längst Teil der Alltagskommunikation. Man geht auch nicht mehr online, sondern ist es einfach. Für uns ist das eine Möglichkeit der direkten Kommunikation. Wir wollen nicht werben, wir wollen den Diskurs.

Auf unserer Internetseite informieren wir mehrmals in der Woche über aktuelle kommunalpolitische Themen, beleuchten Neuenhagen betreffende Politik aus Land, Bund und EU und wei-

sen auf wichtige Termine hin. Wir wollen Anlaufpunkt sein für alle, die zeitnah Hintergründe erfahren und nichts verpassen wollen.

Aber auch Meinungen kommen bei uns nicht zu kurz. Wir wollen, dass man sich bei uns austauscht und gesellschaftliche Debatten nicht außer Acht lässt. So ergründen unsere „#Sonntagsgedanken“ die Ursachen von so manch vermeintlich örtlichen Phänomenen.

Auch medial wollen wir die Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen. Viele Artikel sind „+audio“ auch bequem

anzuhören. Und mit einem kurzen Video informieren wir für die Freunde des Visuellen immer kurz nach der Gemeindevertretung über die Geschehnisse.

Natürlich kann man sich über neue Beiträge via Facebook, YouTube und Twitter benachrichtigen lassen. Aber vor allem würden wir uns wünschen, wenn auch Sie mit uns in den Austausch kommen. Seien Sie auch online Links aktiv.





Christoph Schulz

Aufregend war es, als jüngstes Mitglied im Ausschuss als sachkundiger Einwohner vereidigt zu werden. Die Sitzung stand dann auch ganz im Zeichen der jungen und jüngsten Neuenhagener. Die 3.



Ilka Goetz

Neuenhagen kann in diesem Jahr mit zusätzlichen Einnahmen von mehr als einer halben Million Euro rechnen. Darüber informierte die Kämmerin Frau Hauche auf der letzten Sitzung des Finanzausschusses im Februar. Ihrem naheliegenden Vorschlag, diese Mehreinnahmen zunächst auf die „hohe Kante“ zu legen, das heißt,



Beate Fuchs

Gegenwärtig ist das Einkaufen im REWE-Markt in der Ernst-Thälmann-Straße für viele kein Erlebnis. Mir geht es ähnlich. Aber die Einkaufenden kommen sich, wenn auch ungewollt, näher.

Es ist selten, dass zwei Einkaufswagen aneinander vorbeifahren können, bedingt durch die in den Gängen auf-

Kitas und Arche: Miteinander im Fokus

Fortschreibung der Kita-Konzeption der Gemeinde für den Zeitraum 2014 bis 2019 wurde einstimmig gebilligt. Allerdings gab es Ergänzungen zu einer Prüfung der Qualitätsstandards und der Öffnungszeiten. Ergänzt wurde die Fortschreibung um die perspektivische Prüfung der Grundschule am Schwanenteich am neuen Ort als Ganztagschule, was korrekt „verlässliche Halbtagschule“ heißt.

Daraus ergab sich auch, dass

wir die neue deutsch-polnische Kita bauen werden, allerdings nun doch ohne die Unterstützung aus Brüssel. Unerwartet veränderte das zuständige EU-Ministerium die Kriterien, unter die wir nun nicht mehr fallen. Indes konnte der Vorschlag der Verwaltung, die Essengebühren aufgrund des eingeführten Mindestlohns zu erhöhen, nicht überzeugen. Das Prenzlauer Urteil stellte das Rathaus hier vor Fakten.

Der Bericht der Arche über-

zeugte wiederum. Trotz Problemen gab es starke Besucher- und Nutzerzahlen und die Perspektive, sich als Nachbarschaftszentrum zu etablieren, ist ein Gewinn für Neuenhagen. So entsteht von Stern bis Schäferplatz eine wertvolle Kulturachse für alle Generationen, bei der das Miteinander im Vordergrund steht. Für mich war es eine erfolgreiche erste Sitzung und ich freue mich schon auf die nächste, denn dort geht es u. a. um die Blaupause.

Gemeindefinanzen: Wir bleiben dran

für kommende Jahre zurückzustellen, können wir durchaus einiges abgewinnen. Allerdings geht es hier nicht nur um eine buchhalterische Betrachtung, sondern auch darum, dass sich darüber die Gemeindevertretung, die letztlich über den Haushalt entscheidet, im Klaren ist.

Woher kommt der scheinbar plötzliche „Geldsegen“? Bürgermeister Jürgen Henze hatte bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 und der Finanzplanung für die Folgejahre wegen eines Gerichtsurteils darauf verzichtet, den sog. Mehrbelastungsausgleich, den

Neuenhagen als Mittelzentrum erhält, in den Etat einzustellen. Das Oberverwaltungsgericht hatte zuvor die Ausführung des zugrunde liegenden Landesentwicklungsplans für ungültig erklärt.

Nun will Finanzminister Christian Görke (LINKE) durch eine Änderung von Landesgesetzen vermeiden, dass sich das OVG-Urteil nachteilig auf die bestehenden brandenburgischen Mittelzentren auswirkt.

Auf einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung im Januar 2015, auf der nicht nur Vertre-

ter aller Fraktionen sowie der Bürgervereine, sondern auch der Bürgermeister Herr Henze sowie die Kämmerin Frau Hauche anwesend waren, stellte der Finanzminister Herr Görke die Fortsetzung dieser Zahlungen in Aussicht - eine gute Botschaft, die von allen Anwesenden zunächst mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde. Offen bleibt jedoch, an welche Bedingungen und Aufgaben als Mittelbereich diese Zahlungen dann künftig geknüpft sein werden. Wir werden das Thema aufmerksam verfolgen und uns sicher dazu in der Diskussion zu Wort melden.

REWE: Ausbau nur mit Lärmschutz

gestapelten Warenkartons (mit Absicht?). Somit ist es uns möglich, schnell mal ein paar Worte mit dem Gegenüber zu wechseln. In diesen Momenten drängt sich regelrecht die Frage auf, wann nun endlich mit dem Erweiterungsbau begonnen wird?

Die Auslegung der Änderungsunterlagen für den Erweiterungsbau erfolgte mehrmals 2014 (Mai-Juni, Oktober-November). Alle Bürger der Gemeinde hatten die Möglichkeit, die Unterlagen im Rathaus einzusehen. Jeder konnte seine Anregungen, Bedenken und Hinweise einreichen.

Seit Monaten wird dieser Er-

weiterungsbau diskutiert, viele Vorschläge sind eingegangen und müssen, wenn berechtigt, in die Entwürfe eingearbeitet werden. Die Einwohner wünschen sich ein größeres Warenangebot sowie ein gepflegtes ruhiges Einkaufen ohne Hindernisläufe. Ein Wunsch, der erfüllbar ist, wenn gebaut wurde. Bis dahin müssen noch einige Themen geklärt und beim Bau berücksichtigt werden.

Die unmittelbaren Nachbarn des Marktes haben einige Punkte in die Diskussion gebracht, die alle Gemüter sehr bewegt. Denn die laufende Belieferungen bedeutet auch einige Belastungen für die

benachbarten Bewohner. Die Auswirkungen der Geräuschmission sollen gering gehalten werden. Deshalb wird ein 380-V-Stromanschluss im Anlieferungsbereich gelegt, an den die Kühlaggregate angeschlossen werden. Die Anlieferungszone wird eine Einhausung mit Überdachung erhalten.

DIE LINKE wird darauf achten, dass der Bauträger diese und alle anderen berechtigten Punkte beim Bau berücksichtigt, so dass alle Bürger in der Nähe des Marktes und die Einkaufenden ihre Wünsche erfüllt sehen.



Angela Kann

Über 250 Neuenhagener kamen kurz vor der letzten Gemeindevertretung am Rathaus zusammen, um dieser mit einer Kundgebung den Rücken zu stärken. In der Sitzung sollte ein Erlass über eine Veränderungssperre für die Trainierbahn beschlossen werden, was aus zwei Gründen nötig wurde.

Zum einen läuft Ende März die Vorkaufsoption für den Eigner der Galopprennbahn Hoppegarten, Herrn Schöning, auf das Gelände der Trainierbahn Neuenhagen ab. Er erklärte, seine Entscheidung am 1. April der Gemeinde mitzuteilen, ob er seine Kaufoption wahrnimmt. Zum anderen ist bis zu diesem Termin der Beschluss eines

Neuenhagener Schatz: Die Trainierbahn

Grünordnungsplanes, welcher eigentlich besser geeignet wäre, durch die Gemeindevertretung nicht mehr zu schaffen. Um ein Zeitfenster zu haben, diesen auszuarbeiten und zu beschließen, kam es nun zunächst zu einer Veränderungssperre, welche dann auch einstimmig beschlossen wurde.

Was hat Herr Schöning mit der Trainierbahn vor, wenn er sie kauft?

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde von ihm vorgebracht, dass Eingriffe als Vorbereitung für den professionellen Trainingsbetrieb vorgesehen sind, die den Zielstellungen des Grünordnungsplanes der Gemeinde deutlich entgegenstehen. Er sieht vor, die Waldflächen im Innenoval zu entfernen, Untergrundsanie rung und Verbreiterung der Sandbahnen durchzuführen, den Umbau der inneren Grasbahn in eine Sandbahn und eine Entfernung der Feldgehölze, also der jahrzehntealten Weißdornbüsche zwischen den

Bahnen vorzunehmen. Weiterhin möchte er Stallbauten und neue Betriebsstätten errichten.

Die derzeitige Eignerin, die BVVG (Treuhand), und Herr Schöning berufen sich darauf, dass die Trainierbahn eine denkmalgeschützte Betriebsstätte für Pferdesport sei und als solche auch wieder genutzt werden solle und spielen sich dabei die Bälle mit der Denkmalschutzbehörde zu. Allerdings stehen dem 70 Jahre gelebte Praxis gegenüber, in denen das Gelände für die Naherholung genutzt wurde. Sich also auf ein „Denkmal“ zu berufen und es als Grundlage für die Zerstörung von Natur erhalten zu lassen, ist mehr als zweifelhaft. Neuenhagen hätte dann weniger Grünflächen als das benachbarte Hellersdorf.

Und niemand sollte bei aller Liebe zum Pferd übersehen, dass nach Schöning's Vorstellung auch das Freizeitreiten kaum bis gar nicht mehr wird stattfinden können. Dazu kommen:

kein Joggen, kein Nordic-Walking, keine Spaziergänge mit oder ohne Hund, kein Aufenthalt und Spielen von Kindern z. B. aus dem Waldkindergarten, keine Kräuterwanderungen, keine Vogelwanderungen usw. Die Neuenhagener können sich dann an ihrem Denkmal von außen „erfreuen“.

Was passiert, wenn Herr Schöning seine Option nicht wahrnimmt?

In diesem Falle wird die BVVG die Flächen zum Verkauf ausschreiben. Bei den jetzigen Bodenpreisen in Brandenburg und bei der Preispolitik der Treuhand ist zu befürchten, dass Kaufinteressenten, die eine Nutzung für alle Interessengruppen befürworten und unterstützen, wahrscheinlich nicht die finanziellen Mittel für den Kauf der Trainierbahn aufbringen können. Es ist hier also das Land Brandenburg gefragt. Diese kaufte dem Bund einst viele Seen für symbolisch einen Euro ab. Warum sollte das nicht auch in Neuenhagen gehen?



Sven Kindervater

Manches erkennt man erst, wenn man mal den Rückblick wagt. Der Neuenhagener Einzelhandel hat sich verändert. Laden für Laden nimmt man es kaum wahr, aber schauen wir doch mal drauf, was seit der Jahrtausendwende bei uns passiert ist: Die Waren des täglichen Bedarfs haben nach Schließungen von Bäckereien und Drogerien die großen Supermärkte übernommen, kaum eine Neugründung hat bis heute durchgehalten, von den älteren Existenzen haben es nicht alle geschafft, manch ein anderer weiß nicht, ob er noch fünf

Einzelhandel: Seien wir bereit

Jahre macht.

Zwei Ursachen sind zu betrachten: Geld und Zeit. Zum einen ist die Bereitschaft, für lokale Waren etwas mehr auszugeben, spürbar gesunken. Das sind in Deutschland auch die Löhne. Zum anderen hat die arbeitende Bevölkerung immer weniger Zeit. Beruf und Familie lassen einen gemütlichen Bummel immer seltener werden. Die Beratung mit dem fachkundigen Händler haben Kundenrezensionen im Internet übernommen. Auch das von den Öffnungszeiten unabhängige Bestellen und durch die Post geliefert bekommen, schafft Freiräume.

Ist diese Bequemlichkeit ein Nachteil? Wird das Leben aus Neuenhagens Straßen nun verschwinden? Nein. Allerdings müssen wir dazu unseren Horizont erweitern. Denn wer

seine Kunden besser über das Internet versorgen kann, für den ist der Laden nicht mehr die Haupteinnahmequelle. Allerdings haben alle Versuche in der Wirtschaft, das direkte Gespräch zu ersetzen, nicht überzeugt. Auch ist der Effekt eines Ladens noch lange nicht verflogen, nur eben das, was in ihm passiert. In Zukunft wird es mehr darum gehen, ins Gespräch zu kommen und Waren gezielt zu bewerben, statt alles auf engem Raum auszustellen. Vor allem die Dienstleistungsbranche zieht es raus aus den Büroräumen hin zum Straßenauftritt.

Nichts ist so beständig wie die Veränderung. Das Nachtrauern brauchen wir nicht, denn die Veränderungen entsprechen unserem Handeln. Nehmen wir uns vielmehr der Herausforderung an. Seien wir bereit.

kurz & bündig

Einwohnerbeteiligungssatzung liegt aus:

Nach vier Treffen in einer Arbeitsgruppe zur Einwohnerbeteiligungssatzung wurde nun eine überarbeitete Version erneut ausgelegt. Alle Bürger können vom 2. bis 27. März ihre Meinungen kundtun. So wurde eine Forderung der LINKEN umgesetzt, da sich vieles im Vergleich zur ersten Version verändert hatte. Viele Ideen der LINKEN konnten im Gremium überzeugen, sodass wir um breite Zustimmung bitten.

Korrektur zur Januar-Ausgabe:

Im Artikel „Neuenhagens Finanzen“ ist uns ein Fehler in der Grafik „Aufwendungen“ beim Punkt „Transfer“ unterlaufen. Richtig muss es dort heißen:
„u. a.: Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage“

Willkommen in Hoppegarten

Interview mit Verena Lange, Sozialpädagogin in der Unterkunft für Asylsuchende

Der Internationale Bund hatte am 19. Januar ins Haus der Generationen eingeladen. Bürger und Bürgerinnen aus Hoppegarten und Umgebung verständigten sich darüber, wie man möglichst viele Kontakte zwischen den Flüchtlingen und den Einwohnern organisieren kann. Alle waren sich darüber einig, dass bestehende Vorurteile so am besten abgebaut werden können.

Auf dieser Veranstaltung wurde auch das folgende Interview mit unserer Zeitung geplant. Es führte Werner Niebsch.

Frau Lange, Sie sind Sozialpädagogin in dieser Gemeinschaftsunterkunft. Mit welchen Problemen wenden sich Ihre Klienten an Sie?

Viele Flüchtlinge sind nach ihrer langen, sehr oft dramatischen Flucht, ihren Aufhalten in den verschiedensten Unterkünften und nicht zuletzt durch das, was sie in ihren Heimatländern durchgemacht haben, erschöpft. Viele brauchen ärztliche Hilfe. Es war meine dringlichste Aufgabe, Arztkontakte zu vermitteln. Dankenswerterweise waren Herr Dr. Demming, Frau Nothoff und Frau Bürger aus dem hiesigen Gesundheitszentrum bereit, sich hier einzubringen. Auch die zahnärztliche Betreuung durch Frau Stecker und Frau Dr. Schmidt ist mittlerweile gesichert. Dann galt es, den Schulunterricht und die Betreuung in der Kita für die eingetroffenen Kinder zu ermöglichen. Mit Hilfe

der Gemeinde Hoppegarten in Person von Frau Hinkel und dank des Entgegenkommens der Direktorin der Lenne-Schule, Frau Schmidt und der Kita-Leiterin, Frau Dietrich, konnte auch das gesichert werden. Diese beiden Auf-

gaben hatten Priorität. Jetzt habe ich viel damit zu tun, beim Ausfüllen von Anträgen zu helfen, Aufenthaltsfragen zu klären und Kontakte zu vermitteln.

Drei Kinder konnten noch nicht eingeschult werden, da sie Analphabeten sind. Sie (und auch ihre Eltern) werden von ehrenamtlichen Bürgern betreut. So arbeitet Frau Briese engagiert mit den drei Kindern.

Welche Art Kontakte zwischen den Heimbewohnern und der Bevölkerung gibt es?

Es ist wichtig, dass die Asylsuchenden die deutsche Sprache erlernen. Es gibt eine große Bereitschaft, vor allem von ehemaligen Lehrern, hier zu helfen. Es gibt bisher vier Klassen mit zirka 60 Teilnehmern. Weitere

sind geplant. Der Unterricht findet im Haus der Generationen statt. Hier können auch die Grundschul Kinder betreut werden, zum Beispiel durch Hilfe bei den Hausaufgaben. Aus dem Einstein-gymnasium in Neuen-

hagen haben Schüler ihre Unterstützung angeboten. Herr Bodo Matthes hat ein Fußballspiel organisiert, das großen Anklang bei unseren Bewohnern fand. Fotos davon kursierten im Heim. Ferner werden angeboten: Laufgruppen, ein Filmabend, Fußball kann in zwei Mannschaften gespielt werden und für den 21. März ist ein Frauentreffen geplant.

Übrigens: Alles, was den Hoppegartenern Bürgern angeboten wird, kann auch von den Asylsuchenden wahrgenommen werden. Noch zu erwähnen:

Frau Seidenberg-Linsner aus Petershagen kümmert sich um die aus Eritrea geflüchteten Christen. Sie hatte sie schon als Gäste in ihrer Gemeinde.

Welche Unterstützung von außen wäre noch wünschenswert?

Durch die enorme Spendenbereitschaft der Bevölkerung Hoppegartens und der anliegenden Gemeinden konnten Engpässe in der Versorgung mit Textilien, Kosmetika und Lehrmittel für den Deutschunterricht überwunden werden. Hier ist der Bedarf zur Zeit gedeckt. Ich würde mich freuen, wenn weiterhin so gut geholfen wird und hoffe darauf, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger Hoppegartens den Kontakt zu den Flüchtlingen als normalen Alltag akzeptieren.

Auf der Versammlung, auf der die Bürger über die Ankunft der Asylsuchenden in Kenntnis gesetzt wurden, äußerten viele Ängste vor wachsender Kriminalität und anderen Unannehmlichkeiten, die von den Ankommen ausgehen würden. Was ist davon eingetroffen?

Nichts - und das ist auch keine Überraschung. Es stimmt überein mit den Erfahrungen, die wir aus den anderen Standorten in MOL kennen. Wir arbeiten gut mit der Polizei zusammen. Auch unsere Zusammenarbeit mit den Securitymitarbeitern ist sehr gut. Sie sprechen oft die Sprache unserer Asylsuchenden und stehen uns manchmal auch als Dolmetscher zur Seite.

Frau Lange, danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg bei Ihrer nicht leichten Arbeit!



„Viele Flüchtlinge sind nach ihrer langen, sehr oft dramatischen Flucht erschöpft.“

Informationen zur Unterkunft in Hoppegarten

- Die 240 Flüchtlinge (199 männlich und 41 weiblich, darunter 29 Kinder) bewohnen überwiegend Drei- und Vierbettzimmer in der 3. bis 5. Etage des Hotels. In den zwei unteren Etagen herrscht normaler Hotelbetrieb.
- Die Flüchtlinge kommen aus 13 verschiedenen Ländern, die meisten (121) aus Syrien.
- Neben Arabisch wird Englisch und Russisch zur Verständigung genutzt.
- Die Asylbewerber bleiben bis zur Anerkennung ihres Asylrechts im Heim. Erhalten sie den Status, dann werden sie von der Agentur für Arbeit weiterbetreut. Sie verlassen dann das Heim. Sie müssen dann innerhalb von drei Jahren eine sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle finden, dann wird ihr Aufenthaltsrecht um weitere drei Jahre verlängert.



Schon im kommenden August

500 Kita-ErzieherInnen mehr noch in 2015

können bis zu 500 zusätzliche Fachkräfte für die Kitas im Land eingestellt werden. Dazu erklärte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der LINKEN, Gerrit Große: „Wir freuen uns, dass die SPD-Seite jetzt bei Abschluss der Chefgespräche zur Haushaltsaufstellung unserer Forderung

nachgekommen ist, mit der Verbesserung der Personalsituation in den Kitas des Landes gleich am Anfang der Legislaturperiode zu beginnen. Damit ist ein Kompromiss aus den Koalitionsverhandlungen vom Tisch - Eltern, Kinder und Kita-Erzieherinnen können aufatmen. Sie kommen nun-

mehr schneller in den Genuss eines verbesserten Personalschlüssels. Es ist auch gut, dass in dieser wichtigen Frage mittlerweile weitgehend Einverständnis unter den demokratischen Parteien besteht und sich CDU und Grüne unserer Position angeschlossen hatten.“



Nach einhundert Tagen im Amt zog Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE) eine positive Bilanz ihrer Arbeit und

Runder Tisch gegen Kinderarmut

kündigte einen Runden Tisch im Kampf gegen Kinderarmut als eine zentrale Säule ihrer Arbeit an. Golze sagte: „Die Bekämpfung der Kinderarmut hat für meine Arbeit oberste Priorität. Dieses Ziel ist die Klammer für die Politik meines Ministeriums in den nächsten fünf Jahren. Kinderarmut ist eines der bedrückendsten Probleme in unserer Gesellschaft. In Brandenburg ist

jedes vierte Kind von Armut bedroht. Das ist kein kleines Randproblem. Wir dürfen die Augen vor diesem strukturellen Problem nicht verschließen, sondern müssen es in den Fokus der Öffentlichkeit und der Landespolitik stellen. Die Armutfolgen für Kinder sind extrem: Sie leiden unter Benachteiligungen in der Gesundheit, bei der sozialen Teilhabe, in der Bildung und

später beim Übergang in das Erwerbsleben. Kein Kind darf in dieser Armutsfalle stecken bleiben. Jedes Kind muss die gleichen Start- und Entwicklungschancen haben - und zwar unabhängig von der Einkommenssituation seiner Eltern. Für die wirksame Bekämpfung der Kinderarmut und der Armutfolgen brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs.“

Aus dem Kreistag



Ein Stück Brandenburgische Heimatgeschichte droht zu verschwinden. Das Freilichtmuseum Altranft steht weiter auf der Kippe. Zwar musste Landrat Gernot Schmidt (SPD) nach einer emotionalen Kreistagsdebatte die endgültige Schließung des Freilichtmuseums um ein Jahr verschieben. Jetzt soll jedoch zum Jahreswechsel 2015/16 ein Schlussstrich gezogen werden, den der Kreischef definitiv nicht mehr überschreiten will.

Für zehntausende Euro werden Expertisen eingekauft. Ein Sonderausschuss wird gebildet, eine Steuerungsgruppe eingesetzt. Alle interessierten

Das Freilichtmuseum Altranft muss bleiben

- Ein Wort an Landrat Gernot Schmidt -

Bürger werden zum Dialog geladen. Die Entscheidungshoheit bleibt unterdessen bei Landrat Schmidt. Es werden wohl sechs Termine in dieser Runde abgehalten, dann muss ein neues Konzept vorliegen. Freilichtmuseum muss Altranft nach dieser Frist freilich nicht mehr sein. Nach diesen sechs Expertenrunden muss in 2015 noch genügend Zeit bleiben, um eventuelle Erkenntnisse in Beschlüsse zu gießen. Im Oktober muss die geballte Kompetenz also in einen beschreibbaren Kompromiss überführt sein. Was ist das Ziel dieser Bemühungen? Das Freilichtmuseum mit seiner einmaligen Sammlung von historischen Geräten des Landbaus und des lokalen Handwerks soll sich „neu erfinden“. Worin sich allerdings eine Einrichtung, die unser gemeinsames Erbe hütet, in ihrer Substanz von einem Ver-

gnügungspark zu unterscheiden hat, ist eine Frage, die in der bisherigen Debatte eher zu kurz kam.

Fachwissen gibt es in Altranft genug. Sowohl die Mitarbeiter wie auch dort angesiedelte Vereine wissen, was die Region an ihrem Freilichtmuseum hat. Es ist ein Eckpfeiler polnisch-deutscher Verständigung. Seine über Jahrzehnte gewachsene Sammlung repräsentiert die kulturelle Entwicklung unseres Oderbruchs. Seine jährlichen Sonderveranstaltungen sind Höhepunkte unseres kulturellen Lebens, die weit über die Region hinaus wirken. Altranft hat eine unumstößliche Existenzberechtigung. An ihm ein Exempel zu statuieren, wäre die leichtfertige Preisgabe nicht wiederbringbarer Identität für eine ganze Region.

Entscheiden kann das nur der Landrat. Herr Schmidt, ich bitte Sie darum, ein eindeutiges Zeichen für Erinnerung, Forschung und gegen das Vergessen in unserer Region zu setzen! Ohne unsere Geschichte aber werden wenigstens unsere Kinder für immer ärmer sein. Es muss einen Ort der Erinnerung geben. Wir alle werden sonst sein Fehlen bereuen. Der Wert von Kultur ist und bleibt keine nur an Einnahmen zu messende Größe. Kultur bewegt, Kultur ist Identität. Sie einmal aufzugeben ist ein politisches Statement: Wir brauchen keine Kultur, also werden wir auch keine haben.

Wer angesichts von Rücklagen im zweistelligen Millionenbereich so tut, als ob die Kultur im Kreis nicht finanzierbar wäre, sagt den Menschen nicht die Wahrheit.

Vor 70 Jahren in Neuenhagen: Kriegsende, Befreiung, Neubeginn



In diesem Jahr begehen wir den 70. Jahrestag des Kriegsendes in Deutschland. Ein guter Grund zu fragen, wer diejenigen waren, die nach der Zerschlagung des Faschismus in unserer Gemeinde für den demokratischen Neubeginn standen und was sie bewirkten.

Am 22. April wurden Neuenhagen und Hoppegarten kampflos durch die sowjetischen Truppen besetzt. Für Hoppegarten, Neuenhagen und die umliegenden Gemeinden wurde eine gemeinsame Militäradministration errichtet. Die Goethe-Oberschule wurde sowjetisches Lazarett. Prof. Dr. Oskar Zeller sorgte dafür, dass drei weitere behelfsmäßige Krankenhäuser eingerichtet werden konnten. Doch bereits zehn Tage nach Kriegs-

ende konnte der Schulunterricht wieder aufgenommen werden. Es mangelte jedoch an allem. 50 Gramm Brot am Tag waren die Ration, mit der Neuenhagener zunächst auszukommen hatten. Alle Vorräte in den Geschäften wurden von der Militäradministration beschlagnahmt, 250 Einwohner wurden auf die Felder des früheren Rittergutes Bollensdorf geschickt, um jede mögliche Ackerfläche zu bebauen. Die zusammengebrochene Wasser- und Energieversorgung wurde mit Unterstützung sowjetischer Offiziere wieder zum Laufen gebracht.

Die Militäradministration berief am 10. Mai Fritz Schulz (SPD) zum Bürgermeister, der wenig später im Amt verstarb. Ihm folgte Karl Hoffmann (SPD). Mit dem Vormarsch der roten Armee wurden auch einige der Neuenhagener befreit, die 1933 der ersten Verhaftungswelle der Nazis zum Opfer fielen, so auch Eli Krüger (KPD), die sich aus dem KZ Ravensbrück auf den Weg nach Neuenhagen machte und Paul Grascha (KPD), der sich nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg für

den demokratischen Neubeginn in Neuenhagen zur Verfügung stellte. Später kehrte auch der Maler und Grafiker Erich Bischoff (KPD), zurück, der von 1958 bis 1967 Bürgermeister unserer Gemeinde war.

Sie stehen für diejenigen Neuenhagener, für die der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war. Auch die Zwangsarbeiter, die von den Nazis in den Neuenhagener Betrieben wie dem Vulkanisierwerk zur Arbeit gezwungen wurden, waren sicher unter den Ersten, die das Kriegsende so empfunden haben. Für 46 Prozent der Neuenhagener, die bei den Reichstagswahlen 1933 Hitler und seine NSDAP wählten, war dies das niederschmetternde Ende. Und wie würde es unter den wieder zugelassenen antifaschistischen Parteien zugehen, die zwar gegen Hitler waren, sich ansonsten in der Weimarer Republik erbittert bekämpft hatten? Und vor allem: Wie wurde der Neubeginn konkret organisiert, was kam für Neuenhagen dabei heraus?

Und schließlich: Mit welchen

Maßstäben urteilen wir heute über diese Zeit? Der kürzlich verstorbene Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte in seiner Rede zum 8. Mai 1985: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in [...] jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Dies sind Maßstäbe, an denen sich heute wie damals politisch die Geister scheiden, und mir scheint, dass viele, die einst dem von Weizsäcker zustimmten, sich heute vor dessen mutigem Bekenntnis wegduckten. Der 8. Mai 1945 ist aber auch von dem antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in Ost- und Westdeutschland nicht zu trennen.

**38. Neuenhagener Gespräch:
Das Freihandelsabkommen
TTIP auf dem Prüfstand**
Mit: Dr. Björn Aust

25.03. | 19 Uhr
Bürgerhaus Neuenhagen • Hauptstr. 2

Literaturtipp: „Die Berlinreise“

Anfang der sechziger Jahre hat Hanns-Josef Ortheil zusammen mit seinem Vater eine Reise in das geteilte Nachkriegsberlin unternommen. Wenige Jahre nach dem Mauerbau und ein Jahr nach Kennedys Berlin-Besuch führt der Berlin-Aufenthalt Vater und Sohn die Gegenwart des Kalten Kriegs vor Augen und wird gleichzeitig zu einer Zeitreise in die Vergangenheit des 2. Weltkriegs. Im Oktober 1939 waren die Eltern frisch verheiratet aus einem kleinen Westerwald-Ort in die damalige Reichshauptstadt

gezogen, wo der Vater bei der Reichsbahn als Vermessungs-assessor tätig wurde und wo sie bei Luftangriffen ihr erstes Kind verloren. Tag für Tag erkunden Vater und Sohn die Spuren dieser Zeit, besuchen die frühere Familienwohnung, treffen Bekannte und Freunde und lesen die Haushaltsbücher, die die Mutter in den Kriegsjahren geführt hat. Über



seine Eindrücke schreibt der Zwölfjährige ein in seiner Art unvergleichliches Reisetagebuch. Nach »Die Moselreise« legt Hanns-Josef Ortheil mit der »Berlinreise« das zweite Reisetagebuch seiner frühen Kinderjahre vor, in denen er mit seinem Vater wochenlang allein unterwegs war, um sehen, schreiben und für alle Zeit sprechen zu lernen. **Wir empfehlen:**

„Die Berlinreise“ von **Hanns-Josef Ortheil** und einen **schönen Frühjahrsspaziergang zum Buchhaus Büniger.**

Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei

DIE LINKE, Dr. Arno Gassmann
Wolterstr. 12
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden
finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.